

Porta Westfalica, im Juni 2006

Einführung Mindestlohn

Arm trotz Arbeit das gehört in der Bundesrepublik kurzfristig abgeschafft!

Viele Menschen in diesem Land leben trotz Job erheblich unterhalb der Armutsgrenze. Dieser nicht weiter hinnehmbare Zustand gehört durch Einführung eines Mindestlohns sofort abgeschafft. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass Beschäftigte auf Grund von Löhnen und Gehältern die weit unter der Armutsgrenze liegen von der Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben, dem Zugang weiterführenden Bildungssystemen, und der privaten Altersvorsorge ausgeschlossen werden. Ebenfalls ist hinlänglich bekannt, dass unsere sozialen Sicherungssysteme weitestgehend abhängig sind von der Höhe der Bruttolöhne der beschäftigten ArbeitnehmerInnen, bzw. den sich daraus ergebenden Beitragssatz. Somit dient die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ganz erheblich zur Stabilität der sozialen Sicherungssysteme bei. Wir fordern deshalb die SPD Bundestagsfraktion und besonders den Vizekanzler und Bundesminister für Arbeit und Soziales Franz Müntefering auf, sich mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für die schnelle Einführung eines gesetzlichen und branchenabhängigen Mindestlohns ein zusetzen .

Rolf Breuker
Vorsitzender

Werner Rippe
Schriftführer